

denen Firmen ausgestoßen, weil es hier tatsächlich eine Regelungslücke gab. Das war ein ganz komplizierter Fall.

Darüber hinaus hatten wir ein Thema, bei dem ich ganz stolz darauf bin, dass wir es gut bearbeitet haben, nämlich die illegalen Gülleimporte aus den Niederlanden. Auch dieses Thema haben wir mit Bezirksregierung, Staatsanwaltschaft, Polizei und den niederländischen Behörden sehr gut in den Griff bekommen.

Bei diesen vier Beispielen habe ich mir sehr genau angesehen, wie die Struktur ist und wie wir mit Umweltkriminalität umgehen. Ich bin sehr zufrieden mit der Struktur, wie ich sie im Haus habe. Die Fachabteilungen sind nämlich eng eingebunden. Wir haben eine Koordinierungsstelle. Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob sie noch intensiver ausgebaut werden sollte. Aber es funktioniert exzellent. Ich bin den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses dankbar, dass sie ihre Aufgabe tatsächlich so ernsthaft wahrnehmen und bearbeiten.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Weil ich nicht mehr viel Redezeit habe, muss ich mich jetzt kurzfassen. Ich hätte eigentlich zu jedem Ihrer Punkte noch etwas zu sagen.

Zu den Schwerpunktstaatsanwaltschaften müssen wir im Ausschuss eine Diskussion führen. Wir müssen einmal zusammen mit dem Rechtsausschuss tagen und mit den Rechtspolitikern darüber diskutieren. Das ist eine Denkfrage: Macht es Sinn, eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zu schaffen, ja oder nein? – Ich bin da offen. Aber ich bin keine Juristin. Die Juristen sagen: Wir haben bei Umweltkriminalität mehr regionale Besonderheiten. Am Duisburger Hafen spielen andere Fragen eine Rolle als am Niederrhein. Deshalb kommt man mit den Sonderdezernaten besser zurecht.

Last, not least führen wir aber noch eine gemeinsame Tagung mit dem Justizministerium durch, um über all diese Fragen intensiv zu diskutieren.

Vielleicht können wir die Beratungen im Ausschuss mit unseren Beratungen parallelisieren und dann eine intensive Diskussion darüber führen, wie die Kriminalitätserkennung und -bekämpfung bei uns in Nordrhein-Westfalen am besten läuft. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag Drucksache 17/14258 an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – federführend –, an den Innenausschuss sowie an den Rechtsausschuss zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer will dieser Überweisungsempfehlung zustimmen? – Das sind alle. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es gibt keine. Dann ist der **Antrag Drucksache 17/14258** einstimmig so **überwiesen**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit kommen wir zu:

9 Versorgungssicherheit verbessern – Kernkraftwerk Emsland muss weiterlaufen dürfen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14268

Ich erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr als 60 % der weltweiten Bevölkerung nutzen die Kernenergie. Der IPCC, also Ihr Weltklimarat, empfiehlt die Kernenergie. Die Internationale Energieagentur empfiehlt ebenfalls die Kernenergie.

Die EU finanziert den Bau von Kernkraftwerken auch demnächst über den sogenannten Green Deal. Und wir wissen alle, wer der größte Nettozahler in der EU ist. Damit finanzieren deutsche Steuerzahler auch den Bau von Kernkraftwerken in anderen Ländern.

Aber die deutschen Steuerzahler finanzieren auch noch die Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland. Denn der Beschluss von CDU und FDP zur Enteignung der Kernkraftwerksbetreiber kostet die Bürger 2,43 Milliarden Euro an Entschädigung, weil CDU und FDP sich bei ihrer Entscheidung auf einen Ethikrat gestützt haben, in dem Soziologen und Kirchenvertreter sitzen, aber die Fachleute, die von Energieversorgung Ahnung haben, außen vor geblieben sind.

Nach dem gleichen Muster lief es beim Ethikrat zum Kohleausstieg. Dort ging es am Ende allerdings nur noch darum, möglichst viele Gelder zu verteilen. Die Mitarbeiter sollen abgefunden werden. Die Energiekonzerne sollen entschädigt werden. Die Windindustrielobby soll neue Aufträge bekommen.

Doch der Bund der Steuerzahler saß nicht mit am Tisch. Das heißt: Diejenigen, die das Ganze bezahlen sollen, die hart arbeitenden Steuerzahler, hatten keine Stimme in diesem Gremium.

Auch all die Menschen, die auf eine sichere Stromversorgung angewiesen sind, waren nicht mit an Bord. Denn ein Experte, der sich mit Energieversorgung auskennt, war nicht dabei.

Dabei warnen selbst die offiziellen Behörden und auch Minister Pinkwart immer wieder vor einer Strom- bzw. Leistungslücke. Ab dem Jahr 2023 fehlen bis zu 7,2 GW an gesicherter Leistung. Das sagt selbst Ihr Minister Pinkwart. Das ist so viel wie sieben Großkraftwerke.

Was das bedeutet, konnten wir schon in diesem Jahr erleben. Der Kohleausstieg hat lediglich acht Tage gehalten. Dann musste das Kohlekraftwerk Heyden in Ostwestfalen schon wieder ans Netz gehen, um den Strom zu liefern, den Wind und Sonne eben nicht mehr liefern konnten.

Das Problem der Dunkelflaute ist nämlich real. Im Winter ist es nötig, eine bis zu zweiwöchige komplette Dunkelflaute zu überstehen. Das ist eine Zeit, in der es relativ windstill ist und die Sonne sich hinter den Wolken versteckt. Dann liegt die Produktion beispielsweise nur noch bei 2 bis 3 GW – bei einer installierten Leistung von 117 GW deutschlandweit.

Damit Sie sich das vorstellen können, haben wir einmal den Januar herausgesucht. Im Januar lag die Leistung aus PV-Anlagen 15 Stunden pro Tag bei null. In den anderen 9 Stunden lieferten die PV-Anlagen im Schnitt 4 % ihrer installierten Leistung. Bei Wind sah es nicht viel besser aus. In 60 % der Fälle – deutlich mehr als die Hälfte des Monats – lieferten die Windindustrieanlagen weniger als 30 % ihrer installierten Leistung.

Wir müssen somit im Winter für PV-Anlagen und Windindustrieanlagen nicht nur für ein paar Stunden, sondern für Wochen oder Monate einen Back-up vorhalten – und das bei fehlenden Langzeitspeichern. Das benötigte Back-up können einzig Gaskraftwerke, Kohlekraftwerke oder eben Kernkraftwerke liefern.

Natürlich kommt jetzt gleich von Ihnen die Nebelkerze „Restmüll und Sicherheit“. Meine Damen und Herren, weltweit werden neue Kernkraftwerke gebaut. Und wir haben in Deutschland die sichersten, die es im Moment auf der Welt gibt.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Todsicher!)

Kernkraftwerke wie in Fukushima wären bei uns in Deutschland überhaupt nicht genehmigungsfähig. Zum Vergleich: In Pakistan, lieber Kollege, läuft ein Kraftwerk aus dem Jahre 1971 noch immer – und Sie wollen hier Kernkraftwerke wie das Kernkraftwerk im Emsland mit einem Baujahr 1988 abschalten.

Moderne Kernkraftwerke können zudem den Restmüll der aktuellen Kraftwerke später recyceln. Der BN-800 in Russland macht Ihnen das bereits vor. Und in Deutschland gibt es Forscher, die am Dual-

Fluid-Reaktor arbeiten und dafür schon in zahlreichen Ländern ihre Patente angemeldet haben.

Wollen Sie, meine Damen und Herren, lieber weiter Strom aus französischen Kernkraftwerken importieren, statt selber an dieser Zukunft zu partizipieren?

Kernenergie sichert aktuell 12 % der Grundlast und ist unverzichtbar für unsere Versorgungssicherheit. Wenn Sie diese Sicherheit erhalten wollen, sollten Sie unserem Antrag zustimmen: für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Abgeordneter Kollege Dr. Untrieser das Wort. Bitte sehr.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD und auch die Rede von Herrn Loose erinnern mich an einen Film mit dem Titel „Untote wie wir – Man ist so tot, wie man sich fühlt“. Das ist eine reine Zombiedebatte, die Sie heute hier aufgemacht haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Interessante ist, dass Sie das in Ihrem Antrag mit Klimawandelargumenten begründen; deswegen solle man auf Atomkraft setzen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Ich gebe zu, dass es im europäischen Rahmen eine Debatte darüber gibt. Aber diese Argumente gerade von Ihrer Partei, die den menschengemachten Klimawandel immer wieder negiert – und Herr Blex, der immer wieder hineinruft: im Jahr 1628 war es aber wärmer als 2021 –,

(Dr. Christian Blex [AfD]: 1540!)

zu hören, ist schon ziemlich abenteuerlich.

Selbst wenn man auf die Idee käme, zu sagen, dass der Staat eine längere Laufzeit von Kernenergie erlaubt, ist es doch so, dass die Betreiber von Atomkraftanlagen unisono erklärt haben: Wir machen damit nicht weiter. – Übereinstimmend haben das die Betreiber E.ON, RWE und EnBW gesagt.

Deswegen hier ein Zitat von RWE aus dem letzten Jahr:

„Diese Diskussion führen wir bei uns im Unternehmen gar nicht mehr. Das Kapitel ist abgeschlossen.“

Ein E.ON-Sprecher sagte dazu:

„Es gibt in Deutschland einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens zum Aus-

stieg aus der Kernenergie, an dem wir nicht rütteln sollten. Wir sollten uns nun im Sinne des Klimaschutzes darauf konzentrieren, die Energiewende konsequent und in allen Bereichen erfolgreich umzusetzen.“

Zuletzt hat Rolf Schmitz, der als RWE-Chef mittlerweile ausgeschieden ist, noch am 17. April 2021 der „Rheinischen Post“ gesagt:

„Jede Energie hat ihre Zeit. Das gilt für die Braunkohle wie für die Kernkraft. Die Zeit der großen Atomkraftwerke ist vorbei.“

Selbst wenn wir politisch etwas anderes regeln würden – die Betreiber sind schon längst auf einem anderen Pferd.

Herr Loose, dass Sie immer mit dem Wirtschaftlichkeitsargument kommen, finde ich am abenteuerlichsten. Sie reden von den hohen Strompreisen in Deutschland. Es ist richtig, dass die Strompreise in Deutschland zu hoch sind. Deswegen haben wir uns vorgenommen, die EEG-Umlage und die Stromsteuer zu senken.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Das wird auch demnächst kommen. Aber dass Sie die Kernenergie als wirtschaftliche Stromquelle darstellen ... Schauen Sie doch einmal in die Zahlen und auf das, was in Großbritannien passiert,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

wo das Kernkraftwerk Hinkley Point errichtet wird. Dort hat sich der Betreiber einen Preis von 11 Cent plus Inflationsausgleich für 35 Jahre garantieren lassen. Demgegenüber haben Offshore-Windenergieanlagen in Großbritannien im Jahr 2019 eine Ausschreibung für nur 4,5 Cent gewonnen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

In Deutschland kommen schon vorher Offshore-Kraftwerke ohne staatliche Förderung aus. Einige Anbieter liegen bei 6 Cent.

Deswegen ist dieser Antrag der AfD von gestern. Es ist ein reiner Zombieantrag. Gut, dass wir heute direkt darüber abstimmen: zurück in die Gruft damit, Deckel drauf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. Aufgrund technischer Schwierigkeiten konnten wir Ihnen erst jetzt anzeigen, dass eine Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Loose angemeldet wurde. Es steht Ihnen frei, sie am Rednerpult oder an Ihrem Platz entgegenzunehmen. – Nun hat Herr Abgeordneter Loose für 90 Sekunden Kurzintervention das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Untrieser, Sie haben gerade gezeigt, dass Sie von Wirtschaftlichkeit, Energiekosten und Grenzkosten überhaupt keine Ahnung haben – oder Sie haben unseren Antrag nicht gelesen. Denn bei uns geht es um den Weiterbetrieb von Kernkraftwerken und nicht um den Neubau von Kernkraftwerken.

Das heißt: Bei schon bestehenden Kernkraftwerken sind der große Teil der Kosten Sunk Costs, also bereits entstandene Kosten, die in der Zukunft gar nicht mehr entstehen, während bei einem Neubau natürlich auch die noch zu tätigen Investitionskosten verdient werden müssen.

Sie haben mit Ihrem Beitrag gezeigt, dass Sie besser demnächst jemanden schicken, der von Wirtschaft wirklich Ahnung hat und nicht Jurist ist.

(Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Oh! Das sagt der Richtige!)

Sie versuchen hier, einen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken, bei dem es nur noch um Brennelemente, Personal und vielleicht neue Sicherheitseinrichtungen geht, mit einem kompletten Neubau von Kernkraftwerken zu vergleichen, und zeigen damit, dass Sie komplett ahnungslos sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Dr. Untrieser, Sie haben jetzt 90 Sekunden Zeit zur Erwidern.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Kollege Loose, Sie haben in Ihrem Beitrag insgesamt darauf hingewiesen – es ging nicht nur um die Verlängerung der bestehenden Laufzeiten –, dass andere Länder auf Kernkraftwerke setzen. In diesem Zusammenhang muss man Ihnen auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge noch einmal deutlich machen.

Im Übrigen gibt es, selbst wenn man jetzt sagen würde, dass das Kernkraftwerk in Lingen länger laufen darf, keinen Betreiber mehr, der dieses Kraftwerk betreiben möchte. Da müssen Sie sich doch einmal die Frage stellen: Was passiert dann? Soll der Staat etwa einspringen? Soll er sagen: „Wir gehen in eine staatlich garantierte Energieversorgung; wir machen das“?

Das geht zumindest mit meinem wirtschaftlichen Denken nicht konform. Meines Erachtens sind Sie da absolut auf dem Holzweg – mit Ihrem Antrag und mit Ihrer Argumentation heute. Aber das ist nichts Neues bei Ihnen.

Wir bleiben dabei, dass wir den Antrag insgesamt ablehnen. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Kollege Bell das Wort.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das ist ja eine ständige Wiederkehr der immer gleichen Anträge,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

eine ständige inhaltliche Wiederholung, um uns entsprechend ein Stück weit mit dem Thema zu penetrieren und Ihnen Präsentationsmöglichkeiten in YouTube zu bieten. Eine andere Sinnhaftigkeit sehe ich in den Anträgen nicht. Das will ich so deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und Dr. Christian Untrieser [CDU])

Diese Anträge sind doch nur davon geprägt, Herr Loose, dass Sie uns fortwährend ein nukleares Schlaraffenland versprechen. Das sieht man, wenn man Ihre Anträge liest: neue Reaktortypen reduzieren; hochradioaktive Abfälle so, dass kein Endlager mehr notwendig ist; kleine neue Reaktortypen bieten neue dezentrale Versorgungsmöglichkeiten.

Die Einzigen, die das nicht begreifen und im Grunde zu blöd sind, um Zusammenhänge zu verstehen, sind wir – und werden dann von Ihnen faktisch errettet.

Aber wie sieht die Realität aus? Ich will Ihnen das nur einmal an einigen Beispielen deutlich machen. Keiner der neuen Reaktortypen, die Sie in Ihrem Antrag erneut beschreiben, ist bisher als Großanlage verlässlich in Betrieb – keiner. Und wenn Sie hier immer auf den russischen Reaktor verweisen, kann ich nur sagen: Den Eindruck, den Sie da haben, müssen Sie bei Besuchen auf der Krim bei viel Wodka gewonnen haben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sehr viel Wodka!)

Sie nehmen überhaupt nicht zur Kenntnis, dass viele der in Deutschland eingelagerten hochradioaktiven Abfälle bereits verglast sind. Diese Abfälle müssen endgelagert werden und stehen zu einer Weiterverarbeitung in den von Ihnen beschriebenen Reaktortypen überhaupt nicht zur Verfügung.

(Beifall von Michael Hübner [SPD] – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das bedeutet: Bevor Sie so einen Reaktortyp betreiben, müssen Sie jahrzehntelang forschen. Sie müssen ein Zulassungsverfahren erfolgreich absolvieren. Gleichzeitig ist die Endlagerung in Deutschland für hochradioaktive Abfälle weiter nötig.

Der einzige Unterschied zu den bisherigen Plänen auf Bundesebene ist, dass Sie die Endlagerung

deutlich länger offenhalten müssen, weil dort auch wieder hochradioaktive Abfälle – diese werden nämlich nicht gänzlich vernichtet – anfallen. Das bedeutet, dass Sie viel länger für die Einlagerung von Abfällen brauchen, als Sie das hier mit Ihrer Schlaraffenland-Ideologie entsprechend deklarieren.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie müssen zudem – auch das will ich sehr klar sagen – deutlich mehr Kapazität für schwach und mittel strahlende Abfälle vorhalten, weil natürlich neue Reaktoren auch irgendwann zurückgebaut werden müssen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Dann kommen Sie mit den 300.000 m³, die in Schacht Konrad avisiert werden, nicht mehr hin. Sie müssen bereits jetzt über Erweiterung reden, wenn Sie an diesem Thema weiterarbeiten wollen. Die gesamte Planung für die Einlagerung von radioaktiven Abfällen in Deutschland schmeißen Sie über den Haufen.

Aber Sie haben überhaupt kein Konzept für die Frage des Betriebs. Das hat Herr Dr. Untrieser hier sehr deutlich gemacht. Wir haben überhaupt keinen Betreiber.

Außerdem haben Sie gar kein wirtschaftliches Konzept, diese Anlagen zu betreiben. Denn die internationalen Erfahrungen zeigen aktuell – das hat Herr Dr. Untrieser auch zutreffend geschildert –, dass bei allen europaweiten Ausschreibungen über Energiemengen erneuerbare Energien der Kernkraft deutlich überlegen sind – deutlich überlegen.

Deswegen sage ich Ihnen: Der Einzige, der wirklich keine Ahnung hat ...

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

– Herr Dr. Blex, dass Sie überhaupt einen Doktor haben, wundert mich. Ich hatte immer Respekt vor Akademikern.

(Beifall von der SPD und der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Den habe ich bei Ihnen jetzt wirklich verloren. Ich bin ein Arbeiterkind. Ich habe immer gedacht, so ein Doktor sei etwas Besonderes. Aber irgendwie wird mir dieser Eindruck langsam genommen.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Deswegen sage ich: Der Einzige, der hier im Chor der Ahnungslosen singt, sind Sie – lautstark in jeder Plenarsitzung. Aber es wird nicht besser. Vielleicht üben Sie erst einmal ein bisschen die Singerei. Dann hätten wir jedenfalls mehr Spaß an Ihrem Vortrag. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bell, es wird Sie nicht überraschen: Herr Abgeordneter Loose hat für die Fraktion der AfD eine Kurzintervention angemeldet.

(Christian Loose [AfD]: Er hat es immer noch nicht verstanden! Aber man kann es ja noch einmal versuchen!)

Es steht Ihnen selbstverständlich frei, diese auch auf Ihrem Platz entgegenzunehmen und zu erwidern. – Nun hat Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Bell, Sie beklagen ernsthaft, dass ein noch nicht einmal existierendes Endlager länger offengehalten werden müsste, für vielleicht 20 oder 30 Jahre, um danach den Zeitraum der Einlagerung von vielleicht 1 Million Jahren auf 300 Jahre zu verkürzen. Sie verwehren damit den nachfolgenden Generationen eine Verkürzung der Endlagerzeit von Hunderttausenden von Jahren. Denn Sie sprechen immer von 1 Million Jahren, die da gelagert werden müsse. Aber mit dem neuen Konzept, das zum Beispiel mit dem Dual-Fluid-Reaktor entwickelt werden kann – ja, da muss geforscht werden; aber das wollen Sie ja nicht einmal mehr; Sie wollen keine Zukunft –, könnten Sie die Endlagerzeit um mehrere Hunderttausend Jahre reduzieren.

Sie regen sich aber darüber auf, dass Sie das Ganze vielleicht 20 oder 30 Jahre länger offenhalten müssten, obwohl Sie noch nicht einmal ein existierendes Endlager haben. Was wollen Sie denn offenhalten? Sie haben ja noch nicht einmal ein Endlager. Sie haben es in der Politik in 50 Jahren nicht geschafft, hier überhaupt ein Endlager zur Verfügung zu stellen. Sie schieben das immer nur von A nach B, und jetzt soll es eine deutschlandweite Diskussion geben. Das ist doch Ihr politisches Versagen der letzten Jahrzehnte, Herr Bell.

(Michael Hübner [SPD]: Man muss auch nicht auf alles antworten!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bell, Sie haben die Möglichkeit zur Erwidern.

Dietmar Bell (SPD): Ich würde mich einmal ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen, Herr Loose. Dann kann man sich auch ernsthaft hier inhaltlich über die Argumente austauschen. Aber das Vortragen immer wieder fehlerhafter Argumentationsinhalte macht den Sachvortrag nicht schlüssiger.

Wir werden es weiterhin damit zu tun haben, dass Sie hier in Penetranz dieses Thema immer wieder – wie ein Kassettenrecorder, der im Automodus ist – entsprechend wiederholen. Aber das zeigt nicht

unbedingt eine intellektuelle Redlichkeit bei der Frage der Abarbeitung des Themas auf.

(Beifall von der SPD – Christian Loose [AfD]: Das zeigt ja Ihre Rede!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kollege Bell. – Als nächster Redner hat nun Herr Kollege Brockes für die Fraktion der FDP das Wort.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Dietmar, versuch es noch einmal im Guten!)

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Untrieser, Sie haben gerade gesagt, das sei eine Zombiedebatte. Ich hatte mich für den Begriff „Phantom“ entschieden. Ich sehe das als eine Phantomdebatte an. Ich habe gerade kurz nachgesehen. Ein Zombie ist scheinbar verstorben und wieder zum Leben erweckt, während ein Phantom eine unwirkliche Erscheinung im Sinne eines Trugbildes ist. Fakt ist: Beide sind nicht von dieser Welt. – Das trifft auch auf den AfD-Antrag zu.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Meine Damen und Herren, dies ist ein Phantomantrag – wieder einmal. Denn wenn die AfD wirklich etwas ändern wollte, müsste sie nicht hier im Landtag einen solchen Schauantrag stellen, sondern im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung des Atomgesetzes vorlegen.

Dazu hätten Sie von der AfD die Möglichkeit. Dafür brauchen Sie diese Diskussion hier nicht. Der Bundestag ist zuständig – und nicht der Landtag.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ebenso ist es eine Phantomdebatte, weil – das ist auch schon von den Vorrednern gesagt worden – der Eigentümer selbst nicht beabsichtigt, das Kernkraftwerk weiterzubetreiben. Dann müssen Sie sich auch hier hinstellen, Herr Loose, und sagen, dass Sie den Eigentümer enteignen wollen.

Dritter Punkt: Das Kraftwerk steht nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in Niedersachsen und fällt daher unter die niedersächsische Atomaufsicht. Wir haben also auch gar keine Handhabe dafür.

Deshalb brauchen wir diesen Antrag nicht, meine Damen und Herren. Ich bin auch froh darüber, dass die Debatte über den heutigen Tag hinaus nicht weitergeführt wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. Auch Sie wird es nicht überraschen:

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Fraktion der AfD hat für den Abgeordneten Loose eine Kurzintervention angemeldet. – Dazu hat er jetzt das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Brockes, da Sie zwei bestimmte Wörter benutzt haben, muss ich eine Kurzintervention machen.

Die eine Information war: Das Kraftwerk Emsland liegt gar nicht in Nordrhein-Westfalen. – Ja. Wir haben hier aber schon zig Anträge zu Kraftwerken in Belgien besprochen, und da haben Sie sich nie aufgeregt, dass die nicht in Nordrhein-Westfalen liegen.

Zweitens haben Sie das Wort „Trugbild“ benutzt. Ich würde mich riesig freuen, wenn Sie mir im Rahmen der „Trugbild“-Diskussion zwei funktionierende Konzepte für eine längerfristige Speicherung von Strom nennen könnten, mit denen Sie die Versorgungssicherheit bei Dunkelflauten überstehen wollen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Erklären Sie mal „Vakuum“!)

Das heißt, damit es funktioniert, muss ausreichend Fläche für diese Speicher zur Verfügung stehen, sie müssen bezahlbar sein, und sie müssen natürlich ohne große Verluste auch Strom für mehrere Monate speichern können. Sie können mir sicherlich sagen, wo Sie diese Speicher hernehmen wollen.

Dann können Sie mir sicherlich auch die Frage beantworten, ob Sie an dem gleichzeitigen Ausstieg aus der Kohle und der Kernkraft festhalten wollen, gerade vor dem Hintergrund, dass es immer wieder Gerüchte gibt, dass Teile der FDP die Kernenergie wohl doch nutzen wollen. Vielleicht können Sie mir darauf eine Antwort geben, Herr Brockes. – Danke.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Herr Kollege Brockes hat nun für 90 Sekunden das Wort zur Erwiderung.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Loose, für Ihre Einschätzung. Dadurch kann ich, anders als in dem Antrag, in dem gar nicht auf Speicher eingegangen wird, das Thema ansprechen.

Im Moment rechnen sich Speicher wirtschaftlich noch nicht, weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen leider so sind, wie sie gerade sind. Ich hoffe, dass eine neue, gute Bundesregierung in diesem Bereich endlich für den Durchbruch sorgt, damit entsprechende Speicher, die es technisch schon in allen Größen und Varianten gibt, wirtschaftlich betrieben werden können.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Christian Loose [AfD]: Die Subventionspartei!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brockes. – Das waren die Kurzintervention und die Erwiderung.

Jetzt hat Frau Abgeordnete Brems für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Kurzintervention ist schon wieder angemeldet!)

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, wir haben es eben schon gehört, das AKW Emsland steht in Niedersachsen. Ich kann ganz klar erklären, warum wir uns in Nordrhein-Westfalen auf einmal damit beschäftigen müssen. Das liegt daran, dass es im niedersächsischen Landtag keine AfD-Fraktion mehr gibt. Die wurde aufgelöst. Insofern ist es ein Armutszeugnis,

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

dass wir uns jetzt damit beschäftigen müssen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist beispielhaft!)

– Beispielhaft dafür, genau.

Ja, der Atomausstieg ist beschlossen. Die letzten AKWs werden spätestens Ende 2022 abgeschaltet. Dass Ihnen das nicht gefällt, ist nichts Neues. Sie träumen schließlich nicht nur von einer Renaissance der Atomkraft unter dem Deckmantel des Klimaschutzes, sondern auch von einem autarken deutschen Energiemarkt. Das ist absoluter Unfug.

Deswegen kann ich mich meinen Vorrednern nur anschließen: Ich bin froh, dass wir diesen Antrag heute direkt ablehnen können und ihn nicht mehr im Ausschuss diskutieren müssen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Josef Hovenjürgen [CDU]: Doch keine Kurzintervention! Du hast was falsch gemacht!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Als Nächster hat für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag beschäftigt sich mit einer Tech-

nologie zur Energieumwandlung und der Frage der Energieversorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

Zum Ersten sind die Entscheidungen getroffen worden.

Zum Zweiten und zum Dritten stellen diese Entscheidungen wie der Ausstieg aus der Kohleverstromung Deutschland vor große Herausforderungen sowohl bei der Energieversorgungssicherheit als auch bei der Bezahlbarkeit. Das muss in der Debatte klar benannt sein.

Wir müssen diesen Herausforderungen allerdings mit realistischen Taten entgegentreten und können sie nicht durch solche Anträge, wie sie hier gestellt werden, lösen. Dafür ist es zu spät.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Dr. Christian Untrieser [CDU])

Wir müssen es anders lösen, und wir müssen es auch für Europa anders lösen. Darüber hinaus müssen wir sehen, dass wir jetzt mehr leisten müssen als andere Industrieländer; das ist richtig. Wir müssen uns viel mehr anstrengen.

Vor allem möchte ich eine herzliche Bitte an alle Fraktionen äußern: Wir brauchen Brückentechnologien. Das habe ich hier in der Energieversorgungsstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen vorgetragen.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

Wir haben es in der Wirtschaftsministerkonferenz unlängst noch einmal bekräftigt: Wir brauchen den Fuel Switch hin zu Gas, damit wir eine bezahlbare und sichere Energieversorgung haben, und zwar mit einem Gas, das zunehmend sauber sein muss, damit wir die Klimaziele erreichen. Wenn wir uns dazu nicht bekennen, werden wir ein Versorgungsproblem haben. Das dürfen wir nicht in Kauf nehmen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir hier einen politischen Konsens haben.

Wenn wir aus der Kernenergie und gleichzeitig aus der Kohleverstromung aussteigen, brauchen wir die entsprechenden Übertragungsnetze. Wir brauchen die Gaskraftwerke, auch für die Wärmeversorgung, und wir brauchen ein Rahmenwerk – das EEG ist angesprochen worden –, damit der Strom bezahlbar bleibt.

Ich glaube, dass wir in Nordrhein-Westfalen die richtigen Rahmenbedingungen dafür gesetzt haben. Aber wir werden hart daran arbeiten müssen, damit wir das erfüllen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister ...

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ein letzter Gedanke zur Kernenergie: Wenn ich mit meinen französischen Gesprächspartnern rede, dann können sich diese einerseits gut zurücklehnen – im Moment –, weil sie es viel einfacher haben, ihre Klimaziele zu erfüllen. Wenn ich andererseits mit meinen französischen Gesprächspartnern darüber nachdenke, wie es in 10, 20 Jahren bei einem so einseitig ausgerichteten Energiesystem aussieht, und feststelle, vor welchen Transformationserfordernissen wir stehen, dann habe ich für mich wahrgenommen, dass mancher dort sehr nachdenklich geworden ist und gerne die deutsch-französische Zusammenarbeit nutzen möchte, um ein Stück weit Schritt halten zu können, damit auch Frankreich rechtzeitig auf die Veränderungsprozesse vorbereitet ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, ich habe versucht, Sie zu unterbrechen, weil es von Herrn Abgeordneten Dr. Blex den Wunsch nach einer Zwischenfrage gab; diesen Wunsch gibt es immer noch. Die Frage, die ich Ihnen gerne gestellt hätte, wäre die, ob Sie diese zulassen.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, natürlich. Klar.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte.

Dr. Christian Blex (AfD): Das ist bei manchen Ihrer Kollegen keine Selbstverständlichkeit. – Folgende Zwischenfrage: Sie haben eben im Gegensatz zu Ihren Kollegen gesagt, dass wir Zwischentechnologien brauchen, weil wir noch keine Speichertechnologie besitzen. Sie wollen jetzt immer saubereres Gas verbrennen. Die Verbrennung von Gas zur Energiefreisetzung ist ja ein Oxidationsvorgang, der immer darin endet, dass das Ganze in CO₂ umgewandelt wird. Was soll denn daran sauberer werden? Bei der thermischen Freisetzung der Energie kommt am Ende CO₂ raus.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wie wollen Sie denn die Chemie in diesem Prozess ändern?

(Beifall von Christian Loose [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart^{*)}, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Wenn Sie ein Gas nehmen, das weniger oder gar kein CO₂ enthält, dann setzen Sie auch weniger oder gar kein CO₂ frei. Das ist jedenfalls mein Verständnis. Aber vielleicht hätte ich in Ihrem Gebiet promovieren sollen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. Was nicht ist, kann ja noch werden.

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, sind wir am Schluss der Aussprache angelangt.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Hier hat die antragstellende Fraktion der AfD direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr frage, wer dem Inhalt des Antrags Drucksache 17/14268 zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es – das sei der guten Ordnung halber auch noch gefragt – eine Kollegin oder einen Kollegen, die oder der sich der Stimme enthalten möchte? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/14268** mit dem festgestellten Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Abgeordneten **abgelehnt** wurde.

Wir kommen damit zu:

10 Antrag zur Änderung der Pandemischen Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz (Drs. 17/13582)

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14263

In Verbindung mit:

Pandemische Leitlinien gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14284

Ich eröffne die Aussprache und erteile nun für die Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Schmitz das Wort. Bitte sehr.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Marco!)

Marco Schmitz (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit den Pandemischen Leitlinien, die wir heute in der fortgeschriebenen Version vorlegen, haben wir den Rahmen geschaffen, den wir als Legislative unserer Exekutive aufgeben. Es sind bereits viele Ideen eingeflossen. Es ist ein fortentwickeltes Produkt, das immer der aktuellen Lage angepasst werden muss, was auch notwendig ist.

Ich möchte kurz auf heute Morgen zurückkommen. Unsere Gedenkveranstaltung hat sehr eindrücklich und deutlich gezeigt, wie notwendig es ist, dass wir als Parlament unserer Landesregierung den notwendigen Rahmen geben.

Ich möchte kurz – mit Erlaubnis der Präsidentin – aus der Rede unseres Landtagspräsidenten, der heute Morgen dazu gesprochen hat, zitieren:

Keiner von uns, weder in Deutschland noch in einem anderen Land der Welt, war vorbereitet auf das, was seit März 2020 über uns gekommen ist. Corona hat Spuren hinterlassen. Vieles ist nur schwer auszuhalten: Freiheitsrechte sind eingeschränkt worden, Trauer und Schmerz haben die ganze Welt erfasst, und die Zahl der Opfer wächst täglich. Bei der Bekämpfung der Pandemie sind auch Fehler gemacht worden, denn niemand von uns hatte Erfahrungen mit einem Krisenmanagement dieses Ausmaßes.

Das beschreibt, glaube ich, ganz gut, warum wir als Parlament gesagt haben: Wir brauchen die Pandemischen Leitlinien und schreiben sie fort. Denn jeder einzelne Verstorbene, dessen wir heute Morgen gedacht haben – nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch darüber hinaus –, und jeder Infizierte muss uns Warnung genug sein, damit wir sagen: Wir müssen alles tun, um mit einer Pandemie dieses Ausmaßes auch zukünftig umgehen zu können.

Die Leitlinien geben uns dafür den notwendigen Raum. Ich habe die große Hoffnung, dass wir diese Leitlinien in Zukunft vielleicht gar nicht mehr brauchen, weil sich die pandemische Lage so entwickelt, dass wir sagen können: Es ist nicht notwendig, einen Rahmen vorzugeben. Die Virusmutationen sind nicht so schlimm, wie sie in manch anderen Ländern jetzt schon wüten. Vielleicht kommen wir etwas besser durch. – Aber wir wissen es nicht.

Sollte es die pandemische Lage notwendig machen, müssen wir darauf vorbereitet sein. Daher müssen wir die Pandemischen Leitlinien auch weiterhin fortschreiben. Diese Version wird nicht die letzte sein, die wir machen.

Die Leitlinien, die wir heute beschließen, sind bis zum 15. September, bis zum nächsten Plenum, befristet. Danach werden wir schauen, wie wir die Ideen, die wir bis dahin entwickeln, darin einfließen lassen können.

Ich erachte es als extrem wichtig – das möchte ich deutlich sagen –, dass wir auch über die Ergebnisse